

Ausgliederung der Medizinischen Universitäten kommt Forschung und Patientenversorgung zugute

Utl.: Keine Stellenkürzungen aus budgetären "Krisen"gründen, sondern maßvolle Stellennachbesetzungen =

Wien (OTS) - Das politische Vorhaben, die Ausgliederung der medizinischen Fakultäten Österreichs zu autonomen Medizinuniversitäten so weit als möglich kostenneutral umzusetzen, wurde an der Medizinischen Universität Wien als Zielvorgabe bestmöglich verfolgt. Dem vertretbaren Mehraufwand steht bereits jetzt die angestrebte und erreichte Stärkung der Medizinuniversitäten als Verhandlungspartner gegenüber den Krankenanstaltenträgern gegenüber. So konnte im Juni d.J., also schon 1,5 Jahre nach Bestehen der Medizinischen Universität Wien, erstmals eine für die nächsten 15 Jahre gültige Vereinbarung über die Finanzierung des Klinischen Mehraufwandes zum Betrieb der Universitätskliniken am Wiener AKH abgeschlossen werden, die sehr wesentlich auf einer vollen Rechtsfähigkeit einer Medizinischen Universität beruht.

Rektor Schütz: " Die am 6. Juni erreichte und nur als historisch zu bezeichnende Einigung über die Finanzierung des Betriebs der Wiener Universitätskliniken zwischen Stadt Wien und dem Bund war v.a. in dieser Form nur durch die starke Position der Medizinischen Universität Wien als einem selbstständigen Rechtskörper möglich. Die langfristige Sicherung der Investitionsmittel - für Geräte und bauliche Maßnahmen - kommt nun neben der Sicherung der Spitzenforschung nicht zuletzt der Patientenbetreuung am Wiener AKH zugute. "

Im Rahmen der Ausgliederung übernahm die seit 1.1.2004 autonome Medizinische Universität Wien von der Stammuniversität Universität Wien rund 8 Mio Euro Budget zur Abdeckung von Gebäude-, Betriebskosten und Personalkosten. Die darüber hinaus 2004 benötigten 2 Mio Euro wurden als einmalige Investitionskosten zur Gänze aus Eigenmitteln - die zu einem Großteil aus Schenkungen stammen - abgedeckt.

Mit nur rund 2,7% Verwaltungsaufwand vom Gesamtbudget des Hauses, hat die MUW auch im Vergleich zu Wirtschaftsunternehmen eine besonders schlanke Verwaltungsstruktur aufgebaut. Bei einem

Personalstand von rund 5000 MitarbeiterInnen muss für die neue gewonnene wirtschaftliche Eigenständigkeit des Hauses, immerhin Österreichs größte Forschungseinrichtung, durch die Ausgliederung nun jährlich lediglich ein "echter" Mehrbedarf an rund 30 Personalstellen im Bereich der Verwaltung abgedeckt werden.

Sicher keine Uni-Katastrophe, sondern Sicherstellung mehrjähriger Planungssicherheit bei maßvollen Stellennachbesetzungen im Jahr 2006

Ein Zusammenhang von Verwaltungsaufbau und Streichung von ärztlichen Dienstposten - wie gelegentlich von politischer Seite fälschlich verknüpft - ist nicht gegeben. Die seit 1.1.2004 umzusetzenden Einsparungen von Ärztstellen ist einerseits durch die Notwendigkeit erhöhter Infrastrukturmittel, andererseits durch erhöhte Personalkosten infolge der seit 1.1.2004 zu schließenden Angestelltenverträge begründet (insbesondere hoher Arbeitgeberanteil!), sowie durch Biennalsprünge für Beamte. Außerdem ist die MUW bemüht, neu berufenen Professoren nun konkurrenzfähige Gehälter zu bezahlen. Die bisher eingesparten Ärztstellen liegen knapp unter 5% und gingen mit keinen Effizienzverlusten in Forschung, Lehre und Krankenversorgung einher.

Da die im aktuell abgeschlossenen Universitäts-Budgetpaket zugesagten Budgetsteigerungen erst ab dem Jahre 2007 wirksam werden, muss selbstverständlich wie bisher - so auch 2006 - mit den vorhandenen Mitteln "hausgehalten" werden. Daher ist es notwendig, auch maßvoll bei Stellennachbesetzungen vorzugehen. Vor einer drohenden Uni-Katastrophe - wie heute indirekt von SP-Wissenschaftssprecher Broukal in einer OTS-Aussendung argumentiert - kann keine Rede sein. In einer internen Aussendung des Rektors an alle Klinik und Institutsleiter wurde auf die Notwendigkeit von Einsparungen auch für 2006 hingewiesen (wie sie auch in den beiden Jahren davor nötig waren). Ebenso wurde in der Aussendung darauf hingewiesen, dass ab dem Jahr 2007 eine merkliche Entlastung eintreten wird. In diesem Sinne hat auch die Medizinische Universität Wien die Vereinbarung zwischen Bund und Rektorenkonferenz zum Universitätsbudget für die Jahre 2007 09 bereits in einer eigenen Aussendung vom 9.11.05 befürwortet, da damit die Universitäten eine mehrjährige Planungssicherheit erhielten.

Rückfragehinweis:

~

mag. bernd matouschek
pressesprecher
Medizinische Universität Wien
Spitalgasse 23
1090 Wien
Tel/Fax.: +43 (0)1 23 101 32
Mobil: +43-(0)676-6119701;
mail: bernd.matouschek@meduniwien.ac.at
www.meduniwien.ac.at

~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0226 2005-11-11/15:39

111539 Nov 05

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20051111_OTS0226